

***Resolution: „Endlich gerechte Teilhabechancen für alle in der
Einwanderungsgesellschaft Deutschland“***

Wir haben bedauern es, dass im heutigen politischen Diskurs immer mehr über uns und kaum mit uns, Menschen mit Migrationsgeschichte, diskutiert wird. Wir sind es leid, als Projektionsfläche für politische Versäumnisse der Vergangenheit und als Sündenböcke für soziale Spannungen, die andere Ursachen haben, herhalten zu müssen. Wir wünschen uns, dass unser gesellschaftlicher Beitrag mehr Anerkennung und Wertschätzung erfährt. Und damit das auch tatsächlich passiert, fordern wir entsprechend unserem Anteil in der Bevölkerung die konsequente und verpflichtende interkulturelle Öffnung von politischen Organisationen und Institutionen, staatlichen und kommunalen Verwaltungen, Einrichtungen von Bildung und Kultur usw.

Der Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat als demokratische Vertretung von vielen Menschen mit Migrationsgeschichte fordert in diesem Sinne den Bundestag und die Bundesregierung auf:

1. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen für eine aktive politische Teilhabe aller in Deutschland lebenden Menschen zu schaffen, beispielsweise durch die Einführung des kommunalen Wahlrechts für alle Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt hier haben, und die grundsätzliche Hinnahme mehrfacher Staatsbürgerschaften;
2. Kommunale Integrationsbeiräte, ihre Landesverbände und den Bundeszuwanderungs- und Integrationsrates gesetzlich zu verankern und hierbei ihre institutionelle Förderung sicherzustellen; sie in die politischen Entscheidungen konsequent einzubinden;
3. Durch die Stärkung der Demokratieerziehung und der interkulturellen Bildung in den Schulen, Jugendeinrichtungen und in der politischen Bildung sowie durch eine verstärkte Förderung der Migrant*innenorganisationen und der Zivilgesellschaft dafür zu sorgen, dass der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund in der Politik, in den öffentlichen Verwaltungen und im gesellschaftlichen Leben steigt.
4. In die „große Erzählung“ der bundesrepublikanischen Einwanderungsgesellschaft verstärkt die Geschichte der Zuwanderung aufzunehmen und institutionell zu verankern. Die damit verbundenen Erfolge und Schwierigkeiten sollen unerlässlicher Bestandteil unserer Erinnerungskultur werden und einen festen Platz im Schulunterricht, in der historischen Forschung, in Museen, in den Medien und in der Kunst bekommen. Die Einbindung individueller Schicksale beispielsweise durch Zeitzeugen ist hierbei genauso wünschenswert wie das Einführen eines bundesweiten Feiertages als Anerkennung der Vielfalt.

5. Gegen alle Arten von Ausgrenzung, Diskriminierung und Rassismus konsequent aufzutreten; die gesetzlichen Rahmenbedingungen für deren Bekämpfung zu erweitern und die vorhandenen voll auszuschöpfen. Für die Durchsetzung soll ein starkes Netzwerk von Antidiskriminierungsstellen ausgebaut werden. Wir brauchen eine gesamtgesellschaftliche Bewegung, um Menschen, egal welcher Herkunft, die das Vertrauen an unsere Demokratie verloren haben, wieder in unsere plurale Gesellschaft zu integrieren.
6. Die gesetzlichen Grundlagen der Einwanderung transparent zu regeln und hierbei die wirtschaftlichen Interessen unseres Landes mit dem Gebot einer humanitären Haltung in Einklang zu bringen. Durch das Anerkennen von Integrationserfolgen und bürgerschaftlichem Engagement sollen positive Anreize gesetzt werden. Mit einer Stichtagsregelung ist dafür zu sorgen, dass langjährige Verfahren ein Ende finden und dass Menschen, die sich bei uns längst integriert haben, einen sicheren Aufenthaltsstatus bekommen.
7. Ein klares Bekenntnis zu den Grundpfeilern unserer demokratischen Einwanderungsgesellschaft sowie die Sicherstellung der Menschenrechte und das Einfordern von Menschenpflichten. Der Sprachgebrauch der Angehörigen unserer Volksvertretungen und der Regierung sollte auf dem Weg zurück in die demokratische Sittlichkeit eine Vorreiterrolle spielen.
8. Für die Zukunft der kommenden Generationen auf unserem Planeten in Frieden und Wohlstand sind neue Impulse zur Zukunftsgestaltung der europäischen Union genauso notwendig wie eine verantwortungsvolle und global abgestimmte Außen- und Entwicklungspolitik. Einwanderer, die in Deutschland leben und ihre Herkunftsländer bestens kennen, sollten in diese Prozesse als Experten eingebunden werden.

Beschlossen am 18. November 2018 der Delegiertenversammlung in Berlin